

Die Schattenseiten des Engagements: Silke van Dyk und Emma Dowling im Gespräch mit Friederike Bahl

Dyk, Silke van; Dowling, Emma; Bahl, Friederike

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sonstiges / other

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dyk, S. v., Dowling, E., & Bahl, F. (2018). Die Schattenseiten des Engagements: Silke van Dyk und Emma Dowling im Gespräch mit Friederike Bahl. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-81956-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Emma Dowling, Silke van Dyk, Friederike Bahl | Interview | 14.11.2018

Die Schattenseiten des Engagements

Silke van Dyk und Emma Dowling im Gespräch mit Friederike Bahl

Schon seit mehreren Jahren beschäftigt Ihr Euch aus unterschiedlichen Perspektiven mit einer politischen Ökonomie der Sorge – vom Altern über affektive Arbeit bis hin zum Wandel des Wohlfahrtsstaates. Aktuell untersucht Ihr gemeinsam mit Tine Haubner das Ehrenamt beziehungsweise freiwilliges Engagement als ein Feld der Schattenökonomie. Was hat Euch dazu veranlasst, ausgerechnet freiwilliges Engagement unter dem Aspekt der Schattenwirtschaft soziologisch zu untersuchen?

van Dyk: Hier existiert eine relativ große Forschungslücke. Damit meinen wir nicht, dass es keine Forschung zu Engagement oder Ehrenamt gäbe, aber im Vergleich zu anderen Bereichen ist diese Forschung – Ausnahmen bestätigen die Regel – erstaunlich affirmativ. Das merken wir nicht nur im wissenschaftlichen Bereich, sondern auch in den entsprechenden politischen und medialen Diskussionen. Engagement und Freiwilligenarbeit sind etwas allseits sehr Beliebt, von dem alle sagen: „Ist doch toll, dass Leute sich freiwillig und umsonst engagieren, weil sie gern mit anderen Menschen zusammen sind oder sich gern um andere kümmern!“ Auf Veranstaltungen habe ich schon des Öfteren erlebt, dass Leute sagen: „Und jetzt kommen wieder die Soziologen und müssen da auch noch irgendein Haar in der Suppe finden.“ Der Grundtenor ist sehr positiv, die Schattenseiten hingegen werden eher ausgeblendet.

Und wie sehen die Schattenseiten aus? Was ist das Schattenökonomische an Engagement und Freiwilligenarbeit?

Dowling: Genau das ist der Inhalt unserer Forschung. Uns ist der Doppeltitel unseres Projekts¹ wichtig – „Neue Kultur des Helfens oder Schattenökonomie?“ –, mit dem wir den offenen Charakter unserer Untersuchung unterstreichen wollen. Ausgangspunkt unserer Forschung ist der gerade von feministischen Wissenschaftler*innen thematisierte Umstand, dass der Kapitalismus für die Reproduktion von Arbeitskraft und Leben in seinen unterschiedlichen historischen Ausprägungen immer auf Formen unbezahlter sorgender Arbeit angewiesen war und ist. Dadurch wird seine Existenz überhaupt erst möglich. Aus dieser Beobachtung heraus stellt sich die Frage, wer ebenjene Arbeit unter welchen Bedingungen leistet. In einer historischen Perspektive wird hier eine extrem

geschlechtsspezifische Arbeitsteilung offenbar: Frauen haben schon immer den Großteil unbezahlter Sorgearbeit übernommen, das ist auch heute noch so. Aber in Zeiten zunehmender Frauenerwerbstätigkeit und sich wandelnder Familienstrukturen stehen sie eben nicht mehr den ganzen Tag als unbezahlte Ressource zur Verfügung. So entsteht eine Sorgelücke, zumal in der alternden Gesellschaft zugleich der Bedarf an Sorgetätigkeiten steigt. Den Begriff der Schattenökonomie verwenden wir, weil wir es beim Engagement – und das wird oft nicht gesehen – mit einem Bereich zu tun haben, der einen Wohlfahrtsfaktor darstellt und – durch unbezahlte Arbeitsstunden und damit gleichzeitig jenseits regulärer, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung – zur Wertschöpfung beiträgt. An dieser Stelle kommen Engagement und Freiwilligenarbeit also als neue Ressourcen ins Spiel, die bislang aus einer solchen Perspektive kaum untersucht worden sind.

van Dyk: Der Gegenstand unserer Forschung ist deshalb die *Instrumentalisierung* von Freiwilligenarbeit, die wir in unterschiedlichen Feldern feststellen. Dabei gerät die Intention der Engagierten, das, was sie mit ihrem Engagement bewirken wollen, in den Hintergrund. Vordergründig geht es darum, ihr Engagement gezielt zur Schließung von Lücken in der staatlichen Versorgung zu nutzen, etwa um Kosten einzusparen, indem keine professionellen Kräfte, sondern weniger kostenaufwändige „Hilfskräfte“ eingesetzt werden.

Man darf nicht vergessen, dass wir durch die Abschaffung der Wehrpflicht und des Zivildienstes im Jahr 2011 in diesem Bereich einen großen Einbruch erlebt haben, der das Thema Freiwilligenarbeit nochmal bedeutsamer gemacht hat. An die Stelle der Wehrpflicht und des Zivildienstes trat der Bundesfreiwilligendienst. Der weist zwar – eben weil er freiwillig ist – ein geringeres Volumen auf als seine Vorgängerformate, macht aber den stark regulierten Bereich der monetarisierten Freiwilligenarbeit hochrelevant – hier wird deshalb auch von einer „Verdienstlichung“ von Engagement gesprochen. Aus dieser Beobachtung heraus haben wir eine unserer forschungsleitenden Fragen entwickelt, nämlich: In welchen Bereichen können Formen der Instrumentalisierung von Engagement beobachtet werden? Und: Erzeugen sie womöglich problematische Effekte? Denn wenn Engagement instrumentalisiert wird, dabei aber weder für das Engagement selbst noch im Hinblick auf die angebotene Leistung problematische Effekte auftreten, könnte man sich ja achselzuckend abwenden und die Dinge auf sich beruhen lassen.

Vor diesem Hintergrund betrifft unsere zweite Frage den Aspekt der *De-Professionalisierung*: Hat die beschriebene Form der Instrumentalisierung von Engagement für Aufgaben im Bereich der Infrastruktur oder der Sorge negative Auswirkungen auf die

professionelle Ausführung dieser Aufgaben? Sowohl die Forschung als auch die Akteure, mit denen wir im Feld sprechen, betonen immer wieder, wie wichtig es sei, die Tätigkeiten der Ehren- und Hauptamtlichen gut voneinander abzugrenzen und darauf zu achten, dass die Engagierten keine Aufgaben übernehmen, die eine professionelle Ausbildung erfordern. Interessant ist dann aber, was in der Praxis wirklich passiert, wenn etwa eine Frau verwahrloste, sehr prekäre Haushalte betreut, aber gar keine sozialarbeiterische Ausbildung hat, oder wenn jemand mit einer pflegebedürftigen Person ein Spiel spielt, und Letztere dann aber dringend zur Toilette muss oder akut eine Injektion benötigt. Lassen sich solche Felder in der beruflichen Praxis überhaupt genau abgrenzen? Und ist die De-Professionalisierung unter den Bedingungen von Fachkräftemangel und Sorgelücke wirklich nur der Unfall oder doch eher die Regel? Das wollen wir mit unserem Projekt näher beleuchten.

Neben Instrumentalisierung und De-Professionalisierung untersuchen wir drittens Prozesse der *Informalisierung*. Da geht es um die Frage, wie Tätigkeiten und Leistungen im Bereich des Engagements und der Freiwilligenarbeit überhaupt organisiert sind und wo es Übergänge zu den zunehmend prekären Rändern der Erwerbsgesellschaft gibt. Informalisierung ist ja eigentlich ein Konzept, mit dem eher die Organisation von Arbeit in den Ländern des globalen Südens in Verbindung gebracht wird, bei dem es um Arbeit geht, die nicht formal als Erwerbsverhältnis kategorisiert ist. Wir wollen untersuchen, ob Engagement und Freiwilligenarbeit in einigen Feldern womöglich zu einem Vehikel der Informalisierung werden, ob sich Konturen einer informellen Tätigkeitsgesellschaft abzeichnen. Und da Ehrenamt und Engagement für die meisten sowas wie ein frisch gebackener Apfelkuchen ist – also etwas, gegen das wirklich niemand etwas einzuwenden hat –, ist das derzeit das allerletzte, was überhaupt in den Blick kommt. Hier erweist sich gerade die Monetarisierung von Engagement als Problem.

Könntet Ihr das näher ausführen? Was verbirgt sich dahinter?

van Dyk: Beim Problem der Monetarisierung von Engagement geht es um diejenigen Geldzahlungen, die über eine reine Kostenerstattung hinaus- und in Richtung einer stündlichen Aufwandsentschädigung, einer Tagespauschale oder – wie im Freiwilligendienst – einem monatlichen Entgelt gehen. In der Regel soll über solche Zahlungen Verbindlichkeit hergestellt werden; in einer baden-württembergischen Stadt, in der wir erheben, wird darüber hinaus explizit das Ziel genannt, über Aufwandsentschädigungen den Mangel an Engagierten für längerfristige Aufgaben zu überwinden. Jetzt kann man natürlich sagen, dass es sich hierbei doch um eine Win-Win-

Situation handelt, schließlich ist die Entschädigung ja eine Form der Anerkennung für die erbrachte Leistung der Leute. Aber selbst wenn eine Aufwandsentschädigung in Höhe von sagen wir mal fünf bis sieben Euro pro Stunde gezahlt wird, liegt das immer noch deutlich unter dem Mindestlohn. Hier wird das Engagement faktisch zur bezahlten Arbeit, die aber nach anderen, um nicht zu sagen deutlich schlechteren Standards entlohnt und geschützt wird, weil geltende arbeits- und tarifrechtliche Standards ausgehebelt werden. Auf diese Weise trägt das sonst so hochgelobte Engagement zur Prekarisierung und Informalisierung von Arbeit bei. Das ist nicht nur ein Problem für diejenigen, die diese Tätigkeiten ausführen und die zur Sicherung ihres Lebensunterhalts tatsächlich auf die Aufwandsentschädigungen angewiesen sind, es hat auch Konsequenzen für die Sozialstruktur von Engagement und Freiwilligenarbeit: Das, was einst ein Refugium der Mittelschichten war, wird immer mehr zum Quasi-Arbeitsmarkt mit prekärem Zusatzverdienst für Langzeitarbeitslose und arme Ruheständler*innen. Tatsache ist beispielsweise, dass der Anteil von Langzeitarbeitslosen bei den in den neuen Bundesländern im Bundesfreiwilligendienst arbeitenden über 27-Jährigen zwischen 65 und 75 Prozent liegt. Gerade im Bereich der Pflege spielen Aufwandsentschädigungen für niedrigschwellige Betreuungsleistungen, die von Ehrenamtlichen ausgeführt werden, eine zentrale Rolle – und das wird im Kontext der Pflegeversicherung, mit dem sich Tine Haubner intensiv befasst, gezielt gefördert. Aus der Perspektive der Pflegebedürftigen stellt sich auch noch eine ganz andere Frage, schließlich ist die Pflegeversicherung nur eine Teilkasko-Versicherung: Über welche (finanziellen) Ressourcen verfügen die privaten Haushalte überhaupt, um Pflegebedarf abzudecken? Wer kann es sich leisten, privat für professionelle Unterstützung zu zahlen und wer muss auf angelegene Freiwillige zurückgreifen? Wenn es Angebote gibt, die günstiger sind als professionelle Kräfte, schafft das natürlich Anreize. Da liegt die Frage, ob hier so etwas wie eine Schattenökonomie der Sorgearbeit entsteht, ja quasi auf der Hand.

Ihr habt vorhin schon angesprochen, dass Ehrenamt und Engagement ein weites Feld an Tätigkeiten umfassen – von Urban Gardening, über Pflege im Alter bis hin zur Flüchtlingshilfe. Was genau ist Teil Eurer Untersuchung und über welche Institutionen und Organisationen versucht Ihr, einen Zugang zum Feld zu erhalten?

Dowling: Zunächst haben wir einen geografischen Zugang gewählt, der es uns ermöglicht, kommunale Infrastrukturen in verschiedenen Regionen anzuschauen: Welche Formen von Freiwilligenarbeit und Engagement finden wir in den unterschiedlichen regionalen Kontexten und welche Rolle spielen die von uns untersuchten Entwicklungen hier? Entschieden haben wir uns für Untersuchungen in Baden-Württemberg und Brandenburg –

also bewusst für ein strukturstarke und ein strukturschwache, ein west- und ein ostdeutsches Bundesland. Diese Bandbreite ist uns wichtig, wir wollten nicht nur strukturschwache Regionen oder problematische Engagementbeispiele auswählen, dann wären unsere Ergebnisse absehbar. Die beiden ausgewählten Bundesländer unterscheiden sich gravierend in ihren Rahmenbedingungen und auch unsere bisherigen Erhebungen sind kontrastreich. Baden-Württemberg gilt in Deutschland als *das* Mutterland des Engagements, das schreibt sich das Land auch gerne selbst auf die Fahnen. Da existiert eine ganz andere Spenden- und Förderkultur für bestimmte Projekte als in den ostdeutschen Bundesländern. Hinzukommt, dass die Erwerbslosigkeit niedrig ist und die Kommunen vergleichsweise wohlhabend sind, ganz anders als im brandenburgischen Kontext. Auch hat das Ehrenamt in beiden Bundesländern eine ganz eigene Historie, die natürlich ost-beziehungsweise westspezifisch ist. Im westdeutschen Wohlfahrtsstaat war das Ehrenamt eine Art Refugium der klassischen Mittelschichtshausfrau, die sich neben ihrer Tätigkeit für die Familie karitativ engagierte. Das ist natürlich eine Tradition, die es in der DDR so nicht gegeben hat, schon allein weil es den Typus der Hausfrau wie ihn die Bundesrepublik hervorgebracht hat, in dieser Form gar nicht gab; auch war der Staatssozialismus nicht mit einem Konzept von Zivilgesellschaft vereinbar, in dem Ehrenamt und Engagement klassischerweise jenseits von Markt und Staat verortet sind.

van Dyk: Über den von uns gewählten kommunalen Zugriff ist uns die ganze Bandbreite an Engagement zugänglich, von den Tafeln über die Flüchtlings- und Nachbarschaftshilfe, bis hin zu Engagement in Mehrgenerationenhäusern, in der Pflege, bei der Hausaufgabenhilfe, bei lokalen Fahrdiensten oder bei der freiwilligen Feuerwehr. Diese Bandbreite ist wichtig für uns, denn nicht jedes Engagement ist per se problematisch. Wir schauen stattdessen, in welchen Bereichen existenzielle Fragen der Sorge und Infrastruktur an Engagierte delegiert werden. Es gibt Engagement – etwa im Sport, in der Kirchengemeinde, ach, eigentlich in den unterschiedlichsten Feldern –, das wahrscheinlich völlig unproblematisch ist, wo weder professionelle Tätigkeiten von Laien ausgeführt werden, noch Lebenschancen von Freiwilligen abhängen. Oder Nischen wie die freiwillige Pilzsprechstunde. Da setzen sich zwei Stunden die Woche lokale Pilzkenner*innen hin, und die Leute können ihre gesammelten Pilze prüfen lassen. Das ist absolut fein und soll gerne so bleiben.

Zusätzlich zu diesem kommunalen Zugang haben wir uns entschieden, zwei Bereiche jenseits regionaler Kontexte genauer zu untersuchen, die unter den aktuellen Bedingungen der Zuwanderung und des demografischen Wandels besonders brisant sind, nämlich das Engagement in der Pflege und die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe. Die Flüchtlingshilfe ist mit dem „Sommer der Migration“ 2015 zu dem „Boombereich“ des Engagements geworden

– noch im Freiwilligensurvey 2014 spielt er quantitativ so gut wie keine Rolle. Das Engagement in der Pflege ist verglichen mit großen Bereichen wie dem Sport quantitativ (noch) überschaubar, dafür aber Vorreiter für viele problematische Entwicklungen, die wir in den Blick nehmen. Auch sind die beiden Bereiche im Kontrast spannend: In der Pflege finden wir viele ältere und auf den Zuverdienst angewiesene engagierte Menschen, die Flüchtlingshilfe hingegen ist sozialstrukturell sehr heterogen und jenseits des Freiwilligendienstes mit Flüchtlingsbezug kaum monetarisiert. Darüber hinaus weist sie starke politische Strukturen auf: Viele Initiativen und Engagierte kommen aus linken politischen Kontexten. Hier finden wir – anders als in der Pflege – viele Stimmen, die die Instrumentalisierung des Engagements durch den Staat öffentlich problematisieren. Ein Beispiel hierfür sind etwa die Büros für medizinische Flüchtlingshilfe, die ehrenamtlich medizinische Unterstützung für Menschen ohne Aufenthaltsstatus und Migrant*innen ohne Krankenversicherung organisieren. Sie thematisieren ihr Engagement unter dem Slogan „Es ist uns keine Ehre!“ als Notlösung und fordern eine staatliche Gesundheitsversorgung für alle. Von Engagierten in diesem Bereich wurde uns berichtet, dass staatliche Stellen gezielt darauf setzen, dass die Medibüros die Lücken in der Gesundheitsversorgung schließen, ja, dass sie Geflüchtete, die zunächst bei öffentlichen Stellen Hilfe und Unterstützung suchen, sogar offiziell an die Büros für medizinische Flüchtlingshilfe verweisen.

Dennoch war Engagement ja lange Zeit nicht besonders *en vogue*, eher war die Rede von einer Krise des Ehrenamts. Ich denke da zum Beispiel an Robert Putnam, der 2000 mit seiner Studie „Bowling Alone“ ziemlich Furore machte. Er vertrat die These, dass es einen Niedergang des bürgerschaftlichen Engagements gebe und dass das damit verbundene Sozialkapital der gesellschaftlichen Bindekräfte verloren gehe. Woher rührt denn nun das neue Interesse am Engagement? Was hat sich geändert?

Dowling: Das ist eine spannende Frage. Ich glaube, man kann zunächst definitiv feststellen, dass es einen Strukturwandel des Engagements gegeben hat. Die sehr klassischen, sehr westlich geprägten Strukturen des Ehrenamtes – beispielsweise in der Kirchengemeinde, im Wohlfahrtsverband oder Verein – gingen mit dem Bezug zu einer sehr langen Tradition und vor allem hoher Verbindlichkeit einher. Das gibt es heute weniger als früher. Heute existieren deutlich situativere, kontextgebundener und vor allem viel flexiblere Formen des Engagements.

Mit Blick auf Putnam muss man aber natürlich auf Länderunterschiede zwischen Deutschland und den USA verweisen. Denn Instrumentalisierung, De-Professionalisierung

oder Informalisierung sind ja Entwicklungen, die wir vor dem spezifischen Hintergrund untersuchen, dass sozialstaatliche Leistungen substituiert und Anspruchsberechtigungen reduziert werden oder der Staat sich in bestimmten Bereichen seiner Verantwortung entzieht. In liberalen Wohlfahrtsstaaten wie den USA hat es bestimmte Infrastrukturen und Sorgeleistungen staatlicherseits nie gegeben, hier spielte Freiwilligenarbeit – oder volunteer work, wie es dort heißt – immer schon eine ganz andere Rolle. Vor diesem Hintergrund ist unsere Wandeldiagnose, also dass Freiwilligenarbeit in neuer Weise als sozialpolitische Ressource genutzt wird, eine für den deutschen Kontext geltende Diagnose.

van Dyk: Und die Frage, ob freiwilliges Engagement *en vogue* ist, würden wir für Deutschland differenziert beantworten: Ja, in der medialen Öffentlichkeit, in diversen Förderprogrammen und in politischen Verlautbarungen wie etwa dem Koalitionsvertrag. Auch die zahlreichen Preise und Ehrungen für Engagierte oder die wie Pilze aus dem Boden schießenden Websites für niedrigschwelliges Engagement sind Beispiele für die starke Präsenz des Themas – unserer Ansicht nach: gerade weil es zunehmend als Ressource entdeckt wird. Das Thema Freiwilligenarbeit, aber auch die Problematisierung seiner Instrumentalisierung hat in Deutschland im Zuge des großen Bedarfs in der Flüchtlingshilfe seit 2015 einen wahren Boom erfahren. Das war das erste Mal überhaupt, dass – jenseits einer engeren Diskussion um die Tafeln, die es schon viel früher gab – auch in überregionalen Zeitungen oder den *Tagesthemen* über die Indienstnahme von Ehrenamt und Engagement gesprochen wurde. Flüchtlingshilfe war plötzlich sowas wie eine Massenbewegung, was einen krassen Anstieg der Anzahl von Engagierten um 2015/2016 zur Folge hatte. Aber seither ziehen sich nach und nach immer mehr Menschen aus dem Engagement wieder zurück. Eine nachhaltige Verstetigung des starken Engagements ist nach Einschätzung vieler Akteur*innen vor Ort nur bedingt gelungen.

Das verweist auf ein für den Engagementbereich insgesamt kennzeichnendes Problem, das vor allem aus der Gleichzeitigkeit von viel Aufmerksamkeit und Würdigung auf der einen und kaum nachhaltiger Unterstützung auf der anderen Seite resultiert und unter dem Stichwort *Projektitis* diskutiert wird. In Deutschland existiert eine bestimmte Art der Förderkultur, bei der immer wieder Programme von sehr kurzer Dauer unterstützt werden. Es gibt eine Vielzahl an kurzfristigen kleinen Projekten mit nur drei oder sechs Monaten Finanzierungsdauer. Danach ist Schluss und man muss sich einen neuen Schwerpunkt ausdenken, um wieder eine Förderung zu erhalten. Gerade für das Feld der Flüchtlingshilfe kann man sehen, wie problematisch es ist, wenn eine lange Reihe solcher Akutförderungen existiert. Wer sich das genauer anschaut, findet einen wahnsinnigen Flickenteppich, der es fast unmöglich macht, langfristige Strukturen aufzubauen – obwohl

der Staat zugleich auf dieses Engagement setzt, das ist das Widersprüchliche.

Bei der Frage, ob Engagement *en vogue* ist, muss man natürlich auch diejenigen thematisieren, die sich engagieren. Das sind in der Tat viele – obwohl wir hier eine große Diskrepanz feststellen zwischen der realen Situation in lokalen Kontexten und den Engagementquoten aus dem Freiwilligensurvey. Der Freiwilligensurvey ist eine von der Bundesregierung in Auftrag gegebene quantitative Erhebung von Engagementdaten, die alle fünf Jahre durchgeführt wird. Der aktuelle Bericht stammt aus dem Jahr 2014 und konstatiert für den Zeitraum von 2009 an einen Zuwachs von 7 Millionen Engagierten. Das ist eine wahnsinnig hohe Zahl und man muss sich vor Augen führen, dass das noch vor dem Boom in der Flüchtlingshilfe war. Diese Zahlen werden von politischen Akteur*innen aus den unterschiedlichsten Lagern als Erfolg der Freiwilligengesellschaft ausgerufen. Zugleich werfen sie aber auch Fragen auf, wenn sich zeigt, dass in lokalen Vereinen, Verbänden, Initiativen, im Sport wie bei der freiwilligen Feuerwehr und in der Flüchtlingshilfe vor Ort eher Engagierte fehlen. Wo sind diese 7 Millionen? Vor diesem Hintergrund kam nicht ganz zu Unrecht die Frage auf, wie die Quoten überhaupt ermittelt werden und ob nicht möglicherweise auch das Erhebungserfahren zu dem großen Anstieg beigetragen hat. Es liegt uns fern zu behaupten, die Daten des Freiwilligensurvey seien nicht solide erhoben worden. Dennoch muss man nach den der Befragung zugrunde liegenden Kriterien und Operationalisierungen fragen, denn die sind im letzten Durchgang leicht geändert worden. Beispielsweise wurde der Zeitraum, für den das Engagement abgefragt wird, von „derzeit“ auf „die letzten 12 Monate“ ausgedehnt. Gab man also an, innerhalb der letzten 12 Monate auch nur eine Stunde Zeit in freiwilliges Engagement investiert zu haben, reichte das schon aus, um als engagiert gezählt zu werden. Auch über andere Kriterien kann man streiten – wie auch ganz allgemein über den Mehrwert, den die auf diese Weise zustande gekommenen Zahlen bieten. Insbesondere dann, wenn solche statistischen Erfolgsgeschichten im Kontrast zum Mangel von Engagierten vor Ort stehen. Letzteres ist nicht nur das Ergebnis unserer aktuellen Untersuchung, sondern deckt sich auch mit anderen Erhebungen. Sogar im großen Engagementfeld des Sports geht der Nachwuchs aus. Bislang bestärkt uns unsere Untersuchung in der Vermutung, dass es so etwas wie eine Blase des Engagements gibt: Einerseits existieren zahlreiche Förderformate und Preise, das Familienministerium wurde zum Engagementministerium ausgebaut, es wurde ein Ehrenamtsstärkungsgesetz verabschiedet, der Bundesfreiwilligendienst ins Leben gerufen, eine Engagementstrategie verabschiedet und noch vieles mehr. Andererseits fehlt es vor Ort aber oft am allernötigsten, Engagierte suchen händeringend nach Räumen, es fehlt an Mitteln für den Aufbau langfristiger Strukturen und lokale Akteur*innen werfen Engagierten – zumal in der Flüchtlingshilfe – eher Knüppel zwischen

die Beine. Wir beobachten hier also eine gewisse Diskrepanz zwischen der Politik auf Bundes- und Landesebene einerseits und der lokalen Praxis andererseits.

Lasst uns noch bei der Rolle des Wohlfahrtsstaats und seinem Wandel bleiben: Hält das freiwillige Engagement das, was sich gerade viele (aber nicht nur) Liberale von einem freiwilligen bürgerschaftlichen Engagement versprochen haben, nämlich die Möglichkeit zur Emanzipation der Gesellschaft vom Staat?

van Dyk: Bei dieser Frage wäre zunächst zu klären, was genau man unter „Emanzipation vom Staat“ verstehen will. Ein neoliberales Verständnis stünde unter dem Motto „Jeder ist seines Glückes Schmied“ und würde jede Form der Unterwanderung bestehender staatlicher Regulierungen schon als Akt der Emanzipation betrachten, so auch freiwilliges Engagement. Dieses Verständnis teilen wir natürlich nicht, gehen wir doch davon aus, dass unter den gegebenen Bedingungen grundlegende soziale Rechte die Voraussetzung für Emanzipation sind. Für unser Anliegen möchten wir aber auch betonen, dass wir zwar einen problematisierenden Blick auf die staatliche Indienstnahme von Freiwilligenarbeit und Engagement richten, dass wir deshalb aber nicht der Auffassung sind, dass der Staat wirklich alle Aufgaben übernehmen sollte. Wenn es um die Verlagerung von Sorge, Versorgung und Infrastruktur in den Bereich des freiwilligen Engagements geht, dann setzt unsere Kritik dort an, wo tatsächlich Lebenschancen von freiwilliger Unterstützung abhängen, statt durch soziale Rechte gewährleistet zu werden. Und wenn es um die Emanzipation der Gesellschaft vom Staat geht, muss man das natürlich historisch einordnen und darf nicht außer Acht lassen, dass Engagement und Freiwilligenarbeit eine besondere Geschichte haben: Gerade in den 1960er- und 1970er-Jahren spielten sie eine zentrale Rolle in den neuen sozialen Bewegungen und haben dazu beigetragen, Angebote ins Leben zu rufen, die ganz explizit jenseits staatlicher Normierungen und Regulierungen angelegt sein sollten. Man denke etwa an die autonomen Frauenhäuser oder Frauennotrufe. Aber das war eine andere Zeit und der damals stark regulierende, sozialpolitisch stark auftretende Staat mit einem sehr engen Normengefüge ist seit den ausgehenden 1980er-Jahren längst einem flexiblen, deregulierenden, aktivierenden Staat gewichen. Dieser versucht, die Eigeninitiative von Subjekten und Gruppen nicht mehr zu unterdrücken, sondern sie flexibel zu nutzen. Ulrich Bröckling hat das etwa mit seiner Analyse der Sozialfigur des unternehmerischen Selbst verdeutlicht, die sich zunehmend als Anforderung an alle Subjekte richtet. Dabei muss man sich klarmachen, dass viele Konzepte, die ursprünglich sozialen Bewegungen entstammen und ein emanzipatorisches Anliegen verfolgten (beispielsweise Empowerment gegenüber dem starken Staat, Eigeninitiative gegen starre Vorgaben und Hierarchien), heute im neoliberalen

Kapitalismus zunehmend zu *Systemanforderungen* geworden sind. In manchen Bereichen gilt: Das, was mal widerständig begonnen hat, wird heute als eigeninitiativ gesteuerte Selbsttätigkeit staatlicherseits geradezu eingefordert, man denke etwa an die organisierte Selbsthilfe gesellschaftlich diskriminierter und marginalisierter Gruppen.

Unter diesen Bedingungen der Vereinnahmung widerständiger Initiativen muss die Frage nach Engagement und Freiwilligenarbeit als Ressource heute auf ganz neue Weise gestellt werden – und zwar für ein breites Spektrum von Aktivitäten. So finden wir häufig auch in den Diskussionen um Sharing, Commons und Alternativökonomien die starke Anrufung von Gemeinschaft und Fürsorge gegen die anonymen Strukturen von Markt und Staat, die als entfremdend analysiert werden (was sie in vielerlei Hinsicht natürlich auch sind). Dabei geraten die regressiven Momente persönlicher Abhängigkeit aber mitunter aus dem Blick und es wird übersehen, dass die Entkoppelung von sozialer Sicherheit und sozialen Beziehungen historisch auch ein großer Autonomiegewinn und emanzipatorischer Fortschritt war. Wir haben in dem Zusammenhang den Topos des „Community-Kapitalismus“ geprägt, um aufzuzeigen, dass ‚Gemeinschaft‘ nicht per se anti- oder postkapitalistisch ist, sondern vielmehr eine wesentliche sozialpolitische Ressource in Zeiten der Krise der sozialen Reproduktion. Das fällt bei manchen alternativen Gemeinschaftsbewegungen etwas zu schnell unter den Tisch.

Das soll natürlich nicht als Behauptung dahingehend verstanden werden, eine Gesellschaft könnte allein über anonymisierte, rationalisierte Strukturen ohne Fürsorge und emotionale Bindungen funktionieren. Wir wollen vielmehr untersuchen, was es in welchen Bereichen bedeutet, wenn soziale Rechte durch affektive Gemeinschaftsbindungen ersetzt werden, die eben genau auf Nähe, Ähnlichkeit und persönliche Bindung setzen. Das wirft auch die Frage auf, wer von alternativen Formen der Sorge und Versorgung profitiert und wer gerade nicht.

Oft ist es so, dass Freiwillige sich vorzugsweise um diejenigen Geflüchteten kümmern, die mehrere Sprachen sprechen und sich gut einfinden. Auch die liebenswerte ältere Dame im Altersheim, die tolle Geschichten aus der Vergangenheit zu erzählen hat, kriegt viel eher ein*e freiwillig engagierte*n Gesprächspartner*in. Eine Pastorin, die Menschen im Pflegeheim betreut, erzählte mir neulich: „Raten Sie mal, wer für mich übrig bleibt? – Die Grantigen, die mich erstmal anschreien, wenn ich reinkomme. Diejenigen, die gar nichts mehr erzählen oder die, die behaupten, ich hätte ihr Geld gestohlen. Und bei den anderen, den Netten, wo ich auch gerne selbst sitzen und mir deren Lebensgeschichten anhören würde, da sitzen natürlich die Engagierten.“ Mit allem Recht der Welt. Dennoch wird hier

das Problem deutlich, das wir bekommen, wenn es keinen rechtlich garantierten Anspruch auf eine solche Betreuung gibt. Aus unserer Sicht ist es geradezu entscheidend, dass Menschen nicht nett oder sympathisch und dankbar sein müssen, um ein Anrecht auf Pflege, Rechtsberatung oder andere Unterstützungsleistungen zu haben.

Dowling: Hierzu noch eine Ergänzung: Die Commons- oder Sharing-Projekte stehen vor dem Problem, dass die von ihnen bereitgestellten gemeinschaftlichen Sorgeleistungen womöglich dem Abbau sozialer Rechte Vorschub leisten oder dass sie nur für einen bestimmten Teil der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Das wirft natürlich dringliche Fragen auf. Meiner Ansicht nach werden diese Probleme aber durchaus wahrgenommen und kritisch beantwortet. Zum Beispiel haben die im Zuge der globalen Finanzkrise aufkommenden Anti-Austeritätsbewegungen in Großbritannien das Plädoyer des damaligen konservativen Premierministers David Cameron für eine „Big Society“, in der sich Menschen gegenseitig mehr helfen sollten, sehr schnell als Deckmantel für massive kommunale Sparmaßnahmen entlarvt. Nicht, weil sie einander nicht helfen wollten, ganz im Gegenteil. Aber sie wollten nicht, dass ihre Hilfe für eine regressive Sparpolitik instrumentalisiert wird. Insofern ist auch das Engagement selbst immer ein politisch umkämpftes Feld. In der sehr heterogenen Commons-Bewegung werden zentrale Fragen emanzipatorischer Transformation verhandelt: Wie können Eigentums- und die damit einhergehenden Machtverhältnisse verändert werden? Wie können Menschen Demokratie wirklich gestalten? Kann (und wenn ja, wie kann) Gemeinschaft zum Ausgangspunkt von kollektiver Organisation werden?

Kommen wir zu ersten empirischen Befunden Eurer Forschung. Ihr schaut Euch gezielt Brandenburg und Baden-Württemberg an. Existieren dort jenseits der unterschiedlichen Rahmenbedingungen von Freiwilligenarbeit auch Unterschiede hinsichtlich schattenökonomischer Praktiken?

van Dyk: Bezüglich unserer Befunde sind wir noch etwas zurückhaltend, weil wir mitten in den Erhebungen stecken. Aber es gibt natürlich erste Eindrücke, die es weiter zu fundieren gilt. Einer dieser Eindrücke ist, dass sich eine Art Zweiklassen-Engagement herausbilden könnte. Es gibt einerseits ein riesiges Feld des klassischen Mittelschichtengagements – das ist, wie schon erwähnt, im Westen natürlich stärker ausgeprägt als im Osten und hat viel mit traditionellen Geschlechterverhältnissen zu tun. Hier finden wir Hausfrauen und teilzeitbeschäftigte Frauen, aber auch viele gut situierte Ruheständlerinnen, die etwas ‚zurückgeben‘ wollen. Das ist nichts Neues und schon aus zahlreichen Erhebungen bekannt, etwa aus der Studie zum „Leben im Ruhestand“, die ich 2014 gemeinsam mit Stephan

Lessenich, Tina Denninger und Anna Richter durchgeführt habe. Dem steht auf der anderen Seite eine Gruppe von Engagierten gegenüber, die gegensätzlicher nicht sein könnte: Langzeitarbeitslose und prekär situierte Ruheständler*innen, die auf die Aufwandsentschädigungen in den monetarisierten Feldern des Engagements für ihren Lebensunterhalt angewiesen sind. Hier finden sich häufig auch fließende Übergänge von Maßnahmen der Arbeitsagenturen (sogenannte 1-Euro-Jobs oder Maßnahmen zur sozialen Teilhabe) ins Engagement oder Ehrenamt – und umgekehrt, so zum Beispiel bei den Tafeln. Im Moment zeichnet sich ab, dass dieser arbeitsmarktnahe Graubereich von Tätigkeiten im strukturschwachen Brandenburg stärker ausgeprägt ist als in Baden-Württemberg. Das müssen wir uns aber in unserer zweiten Erhebungsphase genauer anschauen und verifizieren, ob man das wirklich so pauschal sagen kann. Inhaltlich interessiert uns hier ein Phänomen, das wir bislang mit „Arme helfen Armen“ zugespitzt bezeichnet haben: Wir finden diese Engagierten etwa im Bereich der Pflege, bei den Tafelläden, in der Nachbarschaftshilfe und so weiter. Nachbarschaftshilfe klingt eher harmlos und nett, nach dem Motto: „Ich klingel mal bei meiner Nachbarin und frage, ob ich was helfen kann.“ Tatsächlich umfasst dieser Bereich sehr viele Tätigkeiten bis hin zu pflegerischen oder sozialarbeiterischen Aufgaben und er ist stark monetarisiert. „Arme helfen Armen“ meint, dass diese Engagierten auf Menschen treffen, denen die Mittel für professionelle private Hilfe oder Versorgung fehlen und die stattdessen auf die in der Regel prekäre Versorgung durch Engagierte oder Teilnehmer*innen von gemeinnützigen Maßnahmen der Arbeitsagentur angewiesen sind. Hier können wir auch gut an die Ergebnisse von Tine Haubners Studie zur Ausbeutung in der Laienpflege anschließen.

Ein weiteres Feld, mit dem wir uns, wie schon gesagt, intensiv beschäftigen, ist die Flüchtlingshilfe. Da sind wir in Brandenburg auf das Phänomen des „heimlichen Engagements“ gestoßen. Das hat uns überrascht, denn üblicherweise treffen wir auf eine allseits positive Einstellung gegenüber Engagement. In Brandenburg hat sich sowohl in Expert*innengesprächen als auch im Austausch mit Engagierten herausgestellt, dass die Betroffenen ihr Engagement teilweise vor Kolleg*innen oder Nachbar*innen, teilweise sogar vor der eigenen Familie geheim halten, weil sie wissen, dass die anderen es aufgrund ihrer eher flüchtlingsfeindlichen Einstellung nicht gutheißen würden.

Besonders interessant im Feld der Flüchtlingshilfe sind zudem die *Refugee Law Clinics*, bei denen Ehrenamtliche (überwiegend Jura-Studierende) Rechtsberatung für Geflüchtete anbieten. Hier zeigen sich sehr deutlich die Ambivalenzen der Qualifizierung von Engagierten: Einerseits ist es natürlich hervorragend, dass es mehrstufige Module, Praktika und Supervisionen für die Berater*innen der *Refugee Law Clinics* gibt, andererseits heißt

das aber eben auch, dass Studierende, die keine Volljurist*innen sind, Rechtsberatung übernehmen – mit allen Problemen und Ambivalenzen, die das mit sich bringt. Sie füllen ganz klar eine Lücke, denn professionelle Beratungsangebote gibt es häufig – zumal im ländlichen Raum – nicht, zugleich beobachten wir damit natürlich auch eine De-Professionalisierung durch das Engagement.

Abschließend noch eine Frage: Gibt es in der politischen Ökonomie von Freiwilligenarbeit einen Aspekt, von dem Ihr sagen würdet, dass er in der Öffentlichkeit nicht zu Tage tritt, gleichzeitig aber zentral ist?

Dowling: Dass das Feld überhaupt etwas mit politischer Ökonomie zu tun hat, ist so ein verdeckter zentraler Aspekt – und eine wichtige Leerstelle. Die öffentliche Aufmerksamkeit hat es in Form von diversen Zeitungsberichten und Fernsehbeiträgen zwar gegeben, sie rückte aber vor allem in den Fokus, dass die Ehrenamtlichen nicht genügend Unterstützung finden und dass es bessere Strukturen braucht. Darüber hinaus wurde auch betont, dass großer Bedarf an Hauptamtlichen und Geldern bestehe, dass man die Helfenden nicht verheizen dürfe und so weiter. Diese Perspektive ist im Diskurs bereits stark vertreten. Was unserer Meinung nach aber fehlt, ist die viel grundsätzlichere Frage danach, warum Engagement als Ressource hierzulande überhaupt so eine große Rolle spielt, beispielhaft ist hier auch die aktuelle Debatte darüber, ob es nicht eine Pflicht zum Engagement in Form eines sozialen Pflichtjahres geben sollte. Viel zu wenig wird darüber gesprochen, dass und warum in diesem Zusammenhang nicht nur die Zukunft des Sozialstaats verhandelt wird, sondern dass auch der Wandel von Geschlechterverhältnissen und Familienstrukturen wesentlich dazu beiträgt, dass nach neuen Quellen unbezahlter (oder geringfügig entschädigter) Arbeit Ausschau gehalten wird, gerade weil diese Quellen für das Funktionieren der kapitalistischen Ökonomie grundlegend sind. Dass überhaupt realisiert und anerkannt wird, dass es eine politische Ökonomie des Helfens gibt, das ist die große Leerstelle.

Endnoten

1. [„Eine neue Kultur des Helfens oder Schattenökonomie? Engagement und Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats“](#), gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung.

Emma Dowling

Dr. Emma Dowling ist derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Universität Jena. Ihre Forschungsschwerpunkte sind unter anderem die Politische Ökonomie, emotionale und affektive Arbeit sowie Gender und soziale Reproduktion.

Silke van Dyk

Prof. Dr. Silke van Dyk lehrt Politische Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Ihre Arbeitsschwerpunkte umfassen die Soziologie der Sozialpolitik und des Wohlfahrtsstaats, die Soziologie des Alters und der Demografie sowie die Politische Soziologie.

Friederike Bahl

Dr. Friederike Bahl ist Soziologin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hamburger Institut für Sozialforschung. Ihre Arbeitsschwerpunkte umfassen den Wandel der Arbeitswelt, die Soziologie sozialer Ungleichheit und die politische Soziologie.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Stephanie Kappacher.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.soziopoliis.de/die-schattenseiten-des-engagements.html>